

Johannes Heinrichs Ist eine kapitalistische Demokratie möglich?

*Der unseren Lesern wohlbekannte Autor bietet hier eine kurze Zusammenfassung seines im Oktober erscheinenden Buches „**REvolution der Demokratie. Eine Realutopie**“.ⁱ Er setzt bei diesem Resümee aber einen zusätzlichen Akzent auf die von ihm früher behandelte Frage einer Einheit von Demokratie und Geldreform.ⁱⁱ*

Fast vorausgesetzt ist seine frühere Behauptung und Mahnung: Eine Geldreform ist ohne grundlegende Demokratiereform nicht möglich und aussichtsreich.

Wie steht es aber umgekehrt: Wäre eine „nachhaltige“ Weiterentwicklung Demokratiereform ohne Geldreform überhaupt möglich? Das ist hier die Frage.

I. Kann Demokratie noch Interesse wecken?

„Demokratie“ war eines der größten Schlagwörter des 20. Jahrhunderts. Wahrscheinlich wird es rückblickend einmal als das größte und zentrale überhaupt gesehen werden, ähnlich wie „Fortschritt“ für die „industrielle Revolution“ des 19. Jahrhunderts. Es wird viele provozieren, anderen wieder selbstverständlich vorkommen: Dieses Schlagwort ist ein bisher unerfülltes Versprechen geblieben, wir leben auch in den demokratischen Ländern allenfalls in einer „Halbdemokratie“. Unternehmen wir einen kleinen Hindernislauf durch einige der beliebten Vorurteile oder Halbwahrheiten:

1. Demokratie ist eine ziemlich schlechte Staatsform, aber es gibt keine bessere (Winston Churchill). Jedoch: Die Idee einer tendenziellen Identität von Regierenden und Regierten hat nichts „ziemlich Schlechtes“ an sich. Einzige „kleine Schönheitsfehler“: Sie ist bis heute weder hinreichend durchdacht noch verwirklicht. Dagegen gibt es zuviel Verliebtheit in die Unvollkommenheit: als Weisheit und Realismus getarnt (wie bei Churchill) oder heute einfach als Opportunismus und Gedankenlosigkeit der Wohlsituierten.

2. Die politische Wissenschaft zeigt, dass die Menschen doch im Großen und Ganzen mit der Demokratie zufrieden sind. Jedoch: Die politische Wissenschaft hat mehrheitlich nicht den Mut zuzugeben, wie extrem unzufrieden die Menschen mit der real existierenden Demokratie sind.

3. Wir können ja doch nicht viel ändern, am wenigsten unsere Verfassung. Jedoch: Noch können wir soviel ändern, wie wir einsehen. Das wird nicht immer andauern. Das deutsche Grundgesetz lädt derzeit ausdrücklich zu einer neuen Verfassung ein (Artikel 146 GG). Vom derzeitigen Konvent für eine EU-Verfassung darf man – höflich gesagt – nicht zuviel auf einmal erhoffen.

4. Mag sie noch so unvollkommen sein, so gibt es doch keine Alternative zu dieser in kleinen Schritten „lernenden Demokratie“. Jedoch: Dass wir bestenfalls Halbdemokratien haben, gehört zum wenig ausgesprochenen Volkswissen. Die „politische Klasse“ und die, die vom Bestehenden profitieren, wollen dies verschweigen und konstruktive Alternativvorschläge nicht diskutiert haben. Angeblich gibt es „keine Alternativen“.

5. Jeder kann nur bei sich selbst anfangen. Jedoch: Zwar muss jeder bei sich selbst anfangen, aber mit praxisbezogenem Denken für die Allgemeinheit. Dadurch geht der Einzelne bereits aus der privaten Hilflosigkeit in öffentliche Wirksamkeit über, mehr als mit persönlichem Moralisieren. Strukturelle Einsicht und

Aufklärung über Zusammenhänge, nicht zuletzt über das Geldsystem, sind erste Demokratenpflicht.

6. Die soziale Wirklichkeit kann nur spontan von unten her aufgebaut werden. Jedoch: Die Kräfte der spontanen Gemeinschaftsbildung von unten können nicht ohne das Bedenken des Ganzen, nicht ohne die gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen gedeihen. Sonst sind sie Gesellschaftsspiele auf der Titanic. So gut kleine Tauschringe für Selbsthilfegruppen sein mögen – es geht nicht ohne die grundsätzliche Auseinandersetzung mit „dem System“.

7. Denken hilft schon gar nicht, nachdem alles längst beredet ist. Jedoch: Praxisbezogenes Denken ändert jedoch Haltungen und geht auf Handeln aus. Das freischwebende intellektualistische Hin- und Herräsonnieren ohne Folgen stellt dagegen ein missbräuchliches Halbdenken dar.

8. Weltweit gesehen, könnten wir froh sein, wenn erst einmal alle Länder unsere Sorgen mit der Demokratie hätten. Jedoch: Weltweit gesehen haben wir in unseren Halbdemokratien die große Verantwortung, die Demokratie für die Entwicklungsländer attraktiver zu machen.

9. Heute steht erst einmal die ökologische Frage auf der Tagesordnung. Jedoch: Der Öko-Dringlichkeitsalarm seit dreißig Jahren führt zur Erhöhung des zivilisatorischen Stresses, aber in der Sache nicht entscheidend weiter, weil keine angemessenen politischen Handlungsstrukturen organisiert sind. Die scheinbaren Natur-Probleme sind in Wahrheit ein Gesellschafts- und Demokratieproblem.

10. Am allerdringlichsten sind gegenwärtig die Probleme der Wirtschaftspolitik, des Sozialstaates der Sozialpolitik (Arbeitslosigkeit, Steuern, Rente, Gesundheitswesen usw.) Jedoch: Gerade an diesen Sachproblemen zeigt sich die Demokratie-Problematik derzeit besonders krass: Das Parteiensystem ist systemisch unfähig zu sachlicher Politik. Selbst die relativ besten Lösungsansätze kommen in die strategischen Mühlen der strukturell unsachlichen „Einheitsparteien“. Was die grundlegende Frage der Wirtschaftspolitik, die Geld- und Zinsfrage, angeht, wagt deshalb keine Partei, an sie heranzugehen.

II. Demokratie von gestern

Einerseits ist die moderne Demokratie menscheitsgeschichtlich so jung, dass sie bis heute keineswegs als etwas Fertiges gelten kann. Sie ist die Jahrhunderte hindurch bis heute noch immer in einem mühsamen Suchprozess begriffen! In der Einsicht liegt ein bedeutsames Korrektiv gegenüber dem allgemeinen Demokratie-Triumphalismus.

Die Aufbruchsstimmungen, besonders in Deutschland nach 1945 wie die leider nur sehr kurze von 1989, lassen das manchem, der nach dem jeweiligen Ende der Diktaturen aufgeatmet hat, unglaublich erscheinen.

Auch die Demokratie in Amerika ist eine durchaus keine so frag- und fleckenlose Angelegenheit, wie sie sich in der Selbstdarstellung von Siegern darstellt, selbst wenn wir von den jüngsten alarmierenden Entwicklungen seit dem 11. September 2001 (und seinen eigenen Ungereimtheiten) noch absehen.

Die theoretischen Unsicherheiten und praktischen Mängel und sind jedoch nicht sosehr das Ergebnis eines Verfalls von etwas einmal großartig Etabliertem. Ähnlich wie es einen offensichtlichen „Alterungsprozess“ in einer auf dem Zinsgeld aufgebauten Wirtschaft gibt, werden die immanenten Mängel der westlichen Demokratien mit jedem Jahr sichtbarer.

In Deutschland wird es Zeit, dass wir Demokratie von einem Nachkriegs-Importartikel zu etwas eigenständig Durchdachtem und Gelebtem gestalten! Nicht zuletzt dies würde die wiedergewonnene Souveränität ausmachen.

Unsere heutige Demokratie basiert auf dem Liberalismus: Befreiung des Einzelnen vom einst übermächtigen Staat und seinen Repräsentanten „von Gottes Gnaden“. Mit ihrer Entstehung ging ein wirtschaftlicher Liberalismus einher, der sich immer deutlicher zum **Kapitalismus** entwickelt hat. Es braucht in dieser Zeitschrift nicht mehr dargelegt zu werden, dass freie, auf individueller Leistung beruhende Marktwirtschaft nicht identisch ist mit Kapitalismus.

Dessen Grundprinzip ist: Geld kann und muss sich als investiertes Kapital selbst vermehren. Es verdient als mitarbeitendes seinen eigenen Lohn. In diesem Kapitallohn, gegründet auf der Fiktion des arbeitenden Geldes erblicke ich – hierin von Silvio Gesell abweichend – die wichtigste Quelle des Zinses, der gegenüber die bloße Überlegenheit des Geldes über die Waren und die vom Geldverleiher erpressbare Liquiditätsverzichtsgebühr (J. M. Keynes) bloße Voraussetzungen sind. Die Umlaufgebühr oder Lagerungsgebühr für nicht investiertes Geld ist daher **notwendige, aber nicht hinreichende Bedingung** dafür, dass dem Geld sein Selbstvermehrungscharakter als Rendite-Kapital genommen wird.

Die kapitalistische Art des Wirtschaftens dominiert heute das soziale System als ganzes. Unsere Demokratie als ganze ist deshalb eine kapitalistische, nicht allein das Wirtschaftssystem.

Es ist offensichtlich, dass das Wirtschaftssystem, selbst wenn es durch weltweiten Börsencrash zusammenbräche, nur von der politischen Ebene her neu geordnet werden kann. Deshalb ist eine „ökonomistische“ Engführung, eine Fixierung auf die Wirtschaft allein, so unfruchtbar, ja verhängnisvoll.

Die weitere Frage ist aber, **ob es eine nicht-kapitalistische, d.h. nicht von der kapitalistischen Wirtschaft dominierte, Demokratie überhaupt geben kann, solange die Wirtschaft selbst im besagten Sinn kapitalistisch ist.**

Ich umreiße in Kürze den weiteren Gedankengang des Buches, um zum Schluss auf diese Frage zurückzukommen.

III. Vom handelnden Menschen zum sozialen System - das Missing Link

Dieses Kapitel enthält eine philosophische Anthropologie in gedrängter Form. Es geht auf die tiefsten Grundlagen des Menschenbildes zurück: auf die menschliche Selbstreflexion als Methode *und* Inhalt des Denkens. Der Mensch wird gezeichnet als ein „Reflexionswesen“, ein zur vollen Selbstbezüglichkeit fähiges Ich, das sich jedoch nicht monologisch, sondern nur dialogisch reflektieren kann: im Gefüge der vier „**Sinnelemente**“ Ich, Du, Natur und dem Sinnmedium, wie ich die meist übersehene Voraussetzung der Kommunikationsgemeinschaft nenne.

Diesen vier Sinnelementen entsprechen vier **Handlungsarten** sowie vier Stufen des **sozialen Handelns**. Das soziale Handeln wird zwar „klassisch“ mit Max Weber als Orientierung des Handelns am Verhalten anderer definiert. Doch diese „Orientierung“ wird als interpersonal gelebte und daher **praktische Reflexion** weiter gedacht. Dabei zeigt sich *die* entscheidende **strukturelle Konstante** die Vierstufung des sozialen Handelns in

- (1) *instrumentales* Behandeln des Anderen,
- (2) *strategisches* Berücksichtigen des Anderen für die eigenen Interessen,
- (3) *kommunikatives* Eingehen auf die Erwartungen und Wünsche des Anderen,
- (4) Eingehen auf die *metakommunikativen* Voraussetzung und Normen.

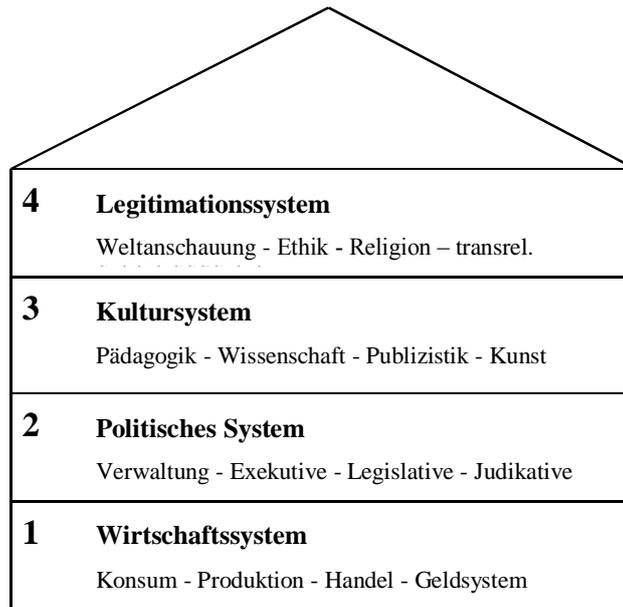
Die soziale Reflexion liefert die Antwort auf die (besonders in der Habermas-Luhmann-Diskussion) unbeantwortet gebliebene Grundfrage, wie es vom individuellen Handeln zum sozialen System kommen kann. Soziale Reflexion ist der Baustoff, das Bindemittel, aber auch das architektonische Prinzip des Sozialen schlechthin.

IV Sprung in den großen Organismus

Die Struktur, die im vorigen Kapitel an der primären, privaten Interpersonalität aufgezeigt wurde, wird nun auf die großen sozialen Systeme übertragen, insbesondere auf die staatlich organisierte Gesellschaft. Auch hier kennt man zwar die Unterscheidungen irgendwie schon immer. Der für Theorie und Praxis entscheidende Fortschritt liegt indessen zwischen dem „Irgendwie“ und der reflexionslogisch klar begründeten Unterscheidung von:

- (1) ***Wirtschaftssystem***, gebündelt in dem Medium **Geld**, das heute ein merkwürdiges Eigenleben über den realwirtschaftlichen Vorgängen entfaltet
- (2) ***Politiksystem***, gegründet auf dem Macht bändigenden **Recht**, der Grundlage des neuzeitlichen Rechtsstaates.
- (3) ***Kultur***, dem Inbegriff der Kommunikation, der Sitten und Gebräuche bis zu den künstlerischen Äußerungen eines Gemeinwesens. Für alles Kulturelle ist **Sprache** das entscheidende Medium.
- (4) ***Legitimations- oder Letztwertesystem***, das sich heute in einer Pluralität von Weltanschauungen, ethischen Einstellungen und Lehren, Religionen und transreligiösen, spirituellen Einstellungen zeigt. Als gemeinsames Medium benennt der Autor **Axiome und Riten**.

Mit einigen weiteren, immer durch das Reflexionsprinzip begründeten und viele Zusammenhänge klärenden Untergliederungen wird das staatliche Haus so dargestellt:



Figur: Das Viergliederungshaus (Oikos) (vgl. HUMANWIRTSCHAFT Dez.01/Jan.02, S. 19)

Diese Subsysteme oder organismischen Ebenen sind bei aller Gesellschaftsbildung stets latent vorhanden, deshalb ja auch stets in der Diskussion, aber auf unklare und folgenlose Weise.

Die Moderne ist durch den Prozess ihrer **realen Differenzierung** gekennzeichnet. Wir sind den tieferen Anliegen der Moderne noch längst nicht gerecht geworden und weichen lieber ins unbestimmte „Postmoderne“ aus, als dass wir unsere modernen, evolutiv anstehenden „Schulaufgaben“ zu erledigen: Das heißt, jener latenten „Viergliederung“ in politischen Institutionen auf theoretisch klare und praktisch wirksame Weise Rechnung zu tragen.

V Die praktische Kernforderung: vier „Herzkammern“ der Demokratie

Die Instanz der Beratung der beauftragten Volksvertreter miteinander, der Gesetzgebung sowie der Kontrolle der Regierung bildet die Legislative, das Parlament. Es ist das Herzstück einer modernen Demokratie (wie die Volksversammlung das der frühgeschichtlichen Demokratien).

Das körperliche Herz aber besteht – das wurde erst in der Neuzeit mühsam entdeckt - aus vier Kammern. Das ist ein treffendes Bild für den entscheidenden Schritt zu einer wirklich modernen Demokratie: Wir brauchen jeweils unabhängig gewählte Parlamente für die vier großen Subsysteme oder Politikbereiche, und zwar in folgender hierarchischer Reihenfolge:

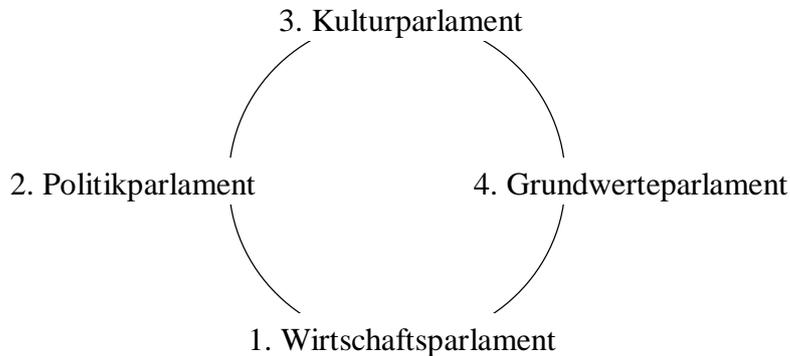
(4) Das **Grundwerteparlament**, das ein faires Miteinander der in der Bevölkerung vertretenen Weltanschauungen, Ethiken, religiösen Gemeinschaftsformen und transreligiösen, spirituellen Positionen gewährleistet. Aus diesem fairen Miteinander der eigens hierfür gewählten Vertrauensleute der

Bevölkerung werden situationsangepasste Entscheidungen über die ethischen Grundlagen der Gesetzgebung getroffen. Nicht ein ethischer „Diskurs“ von obrigkeitlich bestimmten Experten kann in einer Demokratie entscheidend sein, sondern die **Wertekommunikation** beauftragter Delegierten, die zugleich gesetzgebende Befugnis haben.

- (3) **Das Kulturparlament**, das ebenfalls eigens für den Bereich Kultur (Pädagogik, Wissenschaft, Publizistik, Kunst) gewählte und verantwortliche Experten, besser Vertrauensleute versammelt. Soweit dies in der Bundesrepublik nicht Ländersache bleibt, werden hier in sachkompetenter Weise kulturpolitische Entscheidungen getroffen. Die Kultur ist nicht länger Anhang der Politik im engeren Sinn.
- (2) Das **Politikparlament** befasst sich mit den im engeren Sinn politischen Aufgaben: Boden- und Verkehr, Sicherheit nach innen und außen, Außenbeziehungen und Rechtsentwicklung. Auch hierfür werden fachlich ausgewiesene Vertrauensleute direkt von der Bevölkerung gewählt.
- (1) Das **Wirtschaftsparlament** besteht aus den für Wirtschaftsfragen gewählten Vertrauensleuten (nicht nur Ökonomieprofessoren). Es wird erstmals in der Geschichte einen von politischen und anderen Rücksichten befreiten Diskurs sowie eine darüber hinausgehende Wertekommunikation über die Grundfragen der Wirtschaft führen und laufend über wirtschaftspolitische Gesetzgebung beraten. Hier ist also der Ort einer grundlegenden Wirtschaftsreform, bei der sich vorhandene ökonomische Interessen- und Machtgruppen nicht einfach unter dem gesamtpolitischen Schleier der bisherigen „Blockparteien“ verbergen und durchsetzen können. Es muss nun sachlich über die Grundlagen der Wirtschaft gestritten und entschieden werden.

Die hier angegebene Hierarchie bedeutet nicht Weisungsbefugnis von oben nach unten, wohl aber **Rahmenkompetenz**: Die nachgeordneten parlamentarischen Ebenen behalten voll ihren eigenen Kompetenzbereich. Sie sind wohl an die Rahmenvorgaben der jeweils übergeordneten Parlamente gebunden.

Damit ist im Prinzip eine Umkehrung der heute bestehenden und zu beklagenden Determination des ganzen Gemeinwesens von der Wirtschaft her eingeleitet. Jedoch darf die bisherige „materialistische“ Dominanz nicht einfach durch eine „idealistische“ Dominanz ersetzt werden. Es muss vielmehr in der Gesetzgebung eine **Rückkoppelung** der jeweiligen Gesetzgebung durch Berücksichtigung der jeweils anderen Parlamente in 1., 2. und 3. Lesung eingebaut werden. Dadurch wird das hierarchische Verhältnis der Parlamente durch ein zirkuläres Verhältnis ergänzt: Die kommunikative Stufe unter den klassischen „Gewalten“ (Funktionen des Staates) bildet die Legislative, das Parlament. Diese Instanz der Beratung der beauftragten Volksvertreter miteinander, die Instanz der Gesetzgebung sowie der Kontrolle des Regierungshandelns bildet das Herzstück einer modernen Demokratie



Figur: Der Kreislauf eines viergliederten Parlamentarismus

Entscheidend neu ist die **bereichsspezifische Wahl** und Verantwortung der Delegierten. Dies hat notwendig zur Folge, dass die bisherigen, unspezifischen Parteiblöcke keine Existenzgrundlage im parlamentarischen Geschehen sowie in den Wahlvorgängen mehr haben. Diese Parteien alten Stil, gekennzeichnet durch systemnotwendige Unsachlichkeit, müssen **neuen Sachlichkeitsparteien** Platz machen. Dies ist kein Wunschdenken, sondern ebenfalls systemnotwendig: Wenn bereichsspezifisch gewählt und diskutiert wird, können nur noch bereichsspezifische Gruppierungen überleben – ebenso wie sie derzeit nicht existieren können. Dergestalt, dass derzeit eine Schicht aus den 2-3 % Parteimitgliedern die politische Klasse und Herrschaft über unser Gemeinwesen bilden, im Verein freilich mit den demokratisch unkontrollierten Wirtschaftsmächten.

VI. Konsequenzen für die nicht-parlamentarischen „Gewalten“

Ebenso wie sich das Parlament gemäß den organismischen Ebenen oder Subsystemen gliedert, ist dies theoretisch auch der Fall bei den anderen „Gewalten“, wie die Funktionen des Staates ursprünglich genannt wurden, also für die Regierung selbst, für die obere Gerichtsbarkeit (Judikative) sowie für die Verwaltung, die sich bisher fast jeder demokratischen Kontrolle entzieht. Denn sie wurde nach der überholten Lehre von den „drei Gewalten“ nicht als vierte Staatsfunktion thematisiert. Die Verwaltungsbürokratie (zu unterscheiden von der Ministerialbürokratie) muss sich von einer Art „feindlicher Besatzungsmacht“ zu einer Selbstverwaltung des Volkes hin entwickeln. Dazu werden konkrete „bürgerschaftliche“ Vorschläge entwickelt.

VII. Die Dreiheit von Staat – Privatem – Öffentlichem

Die heutige „bürgerschaftliche“ Bewegung darf also den Staat in seiner gegenwärtigen „Verfassung“ nicht ungeschoren lassen. Neben und quer zu der aufgezeigten Vierheit gilt es, in allen Bereichen der Dreiheit von Staat – Privatem – Öffentlichem Rechnung zu tragen.

Evtl. Grafik aus HUMANWIRTSCHAFT Dez.01/Jan.02 S. 20 einfügen!

Mit diesem begrifflichen Instrumentarium ist **Bürgergesellschaft** nicht bloß als Freiheit *vom* Staat, sondern als Befreiung *zur Eigeninitiative* zu denken, und zwar auf allen vier Ebenen:

- Befreiung vom **Klassenstaat** (dessen „Demokratie“ bisher der Privilegierung eines sich aus sich selbst vermehrenden Geldes, des berühmten Kapitals, dient) zu wirklicher wirtschaftlicher Chancengleichheit.
- Befreiung vom **Parteienstaat** zu kommunikativer Sachlichkeit innerhalb wie außerhalb der neuen Parlamente
- Befreiung vom **Schulmeisterstaat** zu kultureller Kreativität
- Befreiung vom **Konfessionsstaat** (staatskirchenrechtlicher Überprivilegierung der alten Konfessionen) zum Ernstnehmen bürgerschaftlicher Gewissensfreiheit und echter Kommunikation in Bezug auf die Letztwerte

VIII. Sozialprinzipien und ihre Evolution

Nachdem jedoch die „Außenarchitektur“ einer künftigen demokratischen Gesellschaft mit der **Vierheit der Systemebenen** (die auch Wertebenen sind) und der **Dreiheit der Organisationsformen** (staatlich – privat – öffentlich) erarbeitet wurde, hat es Sinn, für die „Innenarchitektur“, nämlich als Richtlinien für Gesetzgebung und andere Normierung des Verhaltens, **sozialethische Prinzipien** geltend zu machen. Das ist bisher in der kirchlichen Soziallehre der Intention nach, jedoch nur unvollständig und unsystematisch geschehen. Die Reflexionsstufung dient dabei als Meta-Prinzip folgender vier großer Sozialprinzipien von ungeheurer Tragweite für das sozialethische Denken:

- (1) Das **Solidaritätsprinzip** (solidarische Gerechtigkeit): „Jedem das Seine“, nach dem Maßstab der Gegenseitigkeit).
- (2) Das **Rechts(staats)prinzip**: Aus der ursprünglichen Verbundenheit löst sich das Recht als „Regel der gegenseitigen Begrenzung der Freiheiten“ (Kant) heraus. Auf dem Prinzip des Rechts ist auch der Rechtsstaat gebaut: Durchaus nicht die Totalität menschlicher Gemeinschaft und Gesellschaftlichkeit, aber deren schützende Minimalstruktur.
- (3) Das **Subsidiaritätsprinzip**, das den Aufbau menschlicher Gesellschaft von unten nach oben fordert und nichts Geringeres als das Prinzip der **demokratischen Souveränität** beinhaltet.
- (4) Das **Viergliederungsprinzip** selbst. Es lässt sich auch als das Prinzip der „Integration durch Differenzierung“ bezeichnen: Probleme können nur integral gelöst werden durch die Ebenen-Differenzierung.

In der Herausbildung der Sozialprinzipien ist durchaus ein „Fortschritt im Bewusstsein der Freiheit“ (Hegel) zu erkennen. Was heute geistesgeschichtlich zum Durchbruch kommt, ist **das konstruktive Paradigma**: nicht mehr die „Freiheit von“ alten Ketten ist die Aufgabe der Gegenwart. Vielmehr steht die konstruktive „Freiheit zu“ neuen, höheren Sozialgestalten geistesgeschichtlich an. Die bisherige Demokratie basierte auf dem Paradigma der Befreiung des Bürgers von den alten, feudalen Bindungen. Dieses Paradigma reicht nicht mehr aus für die heute offensichtlich erforderliche Neugestaltung.

IX. Demokratie von morgen

Neue Demokratiedefinition. Der heute erkennbare Idealtyp von Demokratie ist somit ein solidarischer, sozialer (1) Rechtsstaat (2), worin die als Volk vorweg vereinigten Individuen ihre Macht (Souveränität) subsidiär delegieren (3) und ein kreislauffähiges Kompetenzsystem zur Realisierung der gemeinsamen Werte (des Gemeinwohls) einrichten (4).

Während Sozialstaat (1) und Rechtsstaat (2) auch ohne Demokratie möglich waren und wären, bilden: die **subsidiäre Delegation der Macht (3)** sowie **das kreislauffähige Kompetenzsystem (4)** das Spezifische der Demokratie.

Das letzte Definitionselement ist historisch neu. Es dürfte aber unabdingbar zu einer Demokratie der Zukunft gehören. Denn nur durch das gestufte Kompetenzsystem ist Realisierung gemeinsamer Werte demokratisch denkbar.

Repräsentative und direkte Demokratie. Der Autor spricht sich für Stärkung der direktdemokratischen Elemente aus, jedoch nicht auf Kosten der repräsentativen Elemente. Vielmehr geht es ihm um eine innere Synthese beider Spielarten der Delegation von Macht.

Die direkte Demokratie basiert auf dem **Mehrheitsprinzip**, die repräsentative Demokratie bringt qualifizierende Elemente hinzu und basiert zugleich auf **Vertrauen** und stellvertretender **Beratung**.

Beauftragung aufgrund von persönlichem Vertrauen und sachlichem Zutrauen in die Kompetenz der Beauftragten bilden den großen Unterschied zum imperativen Mandat in einem Rätssystem, das eigentlich „subsidiär“ und basisdemokratisch, von unten nach oben, funktionieren soll, jedoch nicht funktionieren kann, solange nicht die vertrauensbasierte Übergabe von Vollmacht erfolgt.

Der Autor zeigt auf, dass die direkte Demokratie in größeren Gemeinwesen selbst nur so gut sein kann wie ihr repräsentativer Arm, weil ihr eigenes Funktionieren (Vorschlagsrecht, Fragealternativen formulieren usw.) von diesem Arm abhängt.

Eine Synthese beider Demokratiearten, welche die Vorteile und nicht die Nachteile beider zur Geltung bringt, ist aber möglich: durch die sachgemäße Differenzierung der Politikbereiche, durch Wandlung der Einheitsparteien zu jeweiligen, problemangepassten Sachparteien im Sinne der Viergliederung. Der entscheidende Schritt zur **repräsentativen Demokratie, die zugleich direkt ist**, besteht darin, dass Parteien sowie Einzelkandidaten nach ihrer Stellung zu anstehenden Sachproblemen bereichsspezifisch gewählt werden.

Was wir dabei ernsthaft in Betrachtung ziehen sollten, ist der heute mögliche Ausbau einer „**elektronischen Demokratie**“ in Form von häufigen Abstimmungen mittels eines elektronischen Wählerausweises.

X. Aufklärung als revolutionäre Praxis

Fragt man nach verwandten evolutionären Bestrebungen, muss dazu vor allem die oft fehlende Unterscheidung von **Endzielen** und **Zwischenzielen** getroffen werden. Manche „Halbheiten“ können wichtig sein, wenn sie bewusst als solche, als Zwischenschritte verstanden werden. Gilt dies auch für unseren neuen „nationalen Ethikrat“ oder den „Nachhaltigkeitsrat“ die beide von Kanzlers Gnaden einberufen und „sortiert“ wurden?

Andere gute „Halbheiten“ oder Zwischenschritte, sofern sie als solche konzipiert sind: „Dritte Kammern“ von Nichtregierungsorganisationen, die Programme

der Geldreformer oder der Globalisierungskritiker um „Attac“, ebenso die heute im Entstehen begriffenen „Bürgerhaushalte“.

Über jene Unterscheidung von Endzielen und Zwischenzielen hinaus tut sich die nur scheinbare Kluft zwischen „**Evolutionisten**“ und „**Revolutionären**“ auf: Kommen wir in kleinen Schritten (allein) weiter oder bedarf es großer Sprünge und Brüche? Es versteht sich, dass sprunghafte Revolution auch ein wichtiger Modus der Evolution war und ist

Der heute anstehende Sprung ist durch das **konstruktive Paradigma** gekennzeichnet. Die Aufklärung hat nicht mehr bloß demaskierenden Charakter, sondern besteht im Entwurf einer konstruktiven, realisierbaren Utopie: Eine andere Demokratie ist möglich.

Das Potential an Unzufriedenheit ist national wie weltweit ungeheuer groß. Es wird fast ausschließlich durch das Fehlen konstruktiver Realutopien gefesselt! Heute ist dieses, nicht an die alten Klassengegensätze gebundene Potential die Masse der Unzufriedenen, das potentielle „revolutionäre Subjekt“. Es geht „nur“ darum, das entwickelte konstruktive Paradigma von Demokratie-Evolution, soviel Variationen es im Einzelnen auch zulässt, **aus der Theorie in die Praxis** umzusetzen. *„Ist erst das Reich der Vorstellung revolutioniert, so hält die Wirklichkeit nicht aus“ (G.W.F. Hegel).*

Damit sind die LeserInnen als Übermittler dieser konstruktiven Aufklärung über Demokratie selbst angesprochen. Für die friedliche Revolution sind „Bahnsteigkarten“, also Erlaubnisse von den überholten Mächten, ratsamerweise nicht erst zu lösen!

Vereinbarkeit von „nachhaltiger“ Demokratie mit Kapitalismus?

In dem Demokratie-Buch finden sich zahlreiche kapitalismuskritische Passagen, die ich auch meinem Verleger gegenüber vertreten musste, wenn er fragte: „Gehört das zum Thema? Schränken wir damit nicht unsere potentielle Leserschaft mutwillig ein?“

Die Antwort ist nicht leicht. Zwar steht für mich fest, dass die von den Geldreformern erhoffte Änderung nicht ohne die Einsicht der politischen Kräfte, also nicht ohne Demokratiereform möglich ist. Aber umgekehrt?

Wäre es nicht auch taktisch klüger, das Geldthema zurückzustellen, bis wir ein sachlich kompetentes, vom Vertrauen der Bevölkerung getragenes Wirtschaftsparlament haben – und dazu die rahmensetzende Macht des Grundwerteparlaments, das die Beseitigung des fortdauernden Zinsbetrugs auch aus sozialetischen Gründen verbindlich fordern kann?

Auf jeden Fall hätte dieser politische Weg schon mehr Aussicht auf Erfolg als derjenige der „reinen“ Geldreform, selbst wenn die alternativen Währungen oder (was ich für aussichtsreicher halte) ein Barter-Tausch-System bedeutend würden.

Dennoch habe ich mich dafür entschieden, das Geld- und Zinsproblem von vornherein mit der Demokratiefrage zu verbinden, und zwar sowohl aus strategischen wie aus sachlichen Gründen:

Sachlich: Es kann keinen dauerhaften demokratisch-rechtlichen Kreislauf im hier umrissenen Sinne geben, wenn der Geldkreislauf wegen der Selbstvermehrungseigenschaft des Kapitals, also aufgrund der arbeitslosen Einkommen, nicht gewährleistet ist. (Das ist keine bloße Geldhortungs-, sondern eine Rendite-Frage.) Da das Geld auch für die demokratischen Machtkämpfe, z.B. für die Etablierung neuartiger Sachparteien, eine unvermeidliche Rolle spielt, kann die Demokratiefrage nicht ohne die Geldfrage sachlich aufrichtig behandelt werden. Auf

der Wirtschaftsebene müssen sofort die wesentlichen, nun schon jahrhundertlang totgeschwiegenen Fronten zum Thema werden: Wie hältst du es mit dem Zins als Lohn für das „mitarbeitende Kapital“? Ist dieses bloßes Instrument oder selbst „produktiver Faktor“? Hier müssen sich die Geister scheiden. Das können sie nur, wenn wir bereichsspezifische Parteien bekommen. Nur wenn diese und verwandte, wesentliche Fronten zum Unterscheidungskriterium neuer Wirtschaftsparteien werden, haben wir Demokratie auf der Wirtschaftsebene. Und ohne eine Wirtschaftsdemokratie wäre die ganze Demokratiereform schon wieder verfälscht. In diesem Sinne gilt: **Eine qualitativ weiterentwickelte Demokratie ist im Kapitalismus nicht möglich**, im Unterschied zur freien Marktwirtschaft, deren Freiheit eine politisch herzustellende ist. Es geht bei der Demokratiereform zentral auch darum, die kapitalistische Verfälschung aller demokratischen Machtverhältnisse zu überwinden.

Strategisch: Es wäre nicht nur sachlich unlauter, sondern auch strategisch unklug, diesen unlösbaren Zusammenhang zwischen Kapitalismus und real existierender Scheindemokratie in einem Demokratiebuch zu verschweigen. Zwar lehne ich den Ökonomismus, den Glauben, mit Wirtschaftsreform sei alles getan, vehement als Irrglauben und gefährliche Illusion ab. Aber auf der anderen Seite gibt die ökonomische Betrachtungsweise der gesamten Gesellschafts- und Demokratiereform auch eine Schubkraft, ohne die sie nicht in Gang kommen könnte.

Konkret auf unsere derzeitige Situation bezogen: Ohne die überhand nehmenden Schuldzinsen von Bund, Ländern und Kommunen, ohne die offensichtlich werdenden Probleme mit der Renten- und Krankenversicherung, ohne die Kosten der Arbeitslosigkeit (wenn es schon nicht um die arbeitslosen Menschen geht) wäre die Arroganz der herrschenden politisch-ökonomischen Klasse unbesiegbar. Ohne Einbeziehung der Geldfragen kommt kein Druck in die Demokratie-Diskussion. Aber ohne ein Gesamtkonzept von Demokratiereform geht auch nicht. Niemals würde der entscheidende Schritt einer Geldreform zugelassen werden. Die anstehenden Reformen können nicht mehr bloß vordergründig materialistisch sein. Sie müssen wirklich aufs Ganze gehen. *Spero conspirationem*. Ich hoffe auf eine friedliche Konspiration von Geld- und Demokratiereformern, die das einsehen!

ⁱ Johannes Heinrichs, REvolution der Demokratie. Eine Realutopie, Maas Verlag Berlin, ca. 430 Seiten, Euro 22,50.

ⁱⁱ Wie politisch ist die Freiwirtschaft, in: Der 3. Weg 10/2000; Die Einheit von Geld- und Demokratiereform, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 127 (2001).